

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

28.03.2018

Von Jana Frielinghaus

0.04.2018

Unrechtsstaat [Abschiebungen nach Afghanistan]

Abschiebungen nach Afghanistan



Foto: dpa/Alexander Heinel

Ein Aufenthalt in Afghanistan ist lebensgefährlich. Egal, wo. Das sagen Experten der Vereinten Nationen, und das konstatierte auch die Bundesregierung in ihrem am 6. März veröffentlichten Afghanistan-Report: Ein ziviles Engagement Deutschlands sei aufgrund von »Kampfhandlungen, Anschlägen und Entführungsgefahr« nur noch unter strengen

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Sicherheitsvorkehrungen möglich, heißt es da. Ergo müsse das Bundeswehr-Kontingent am Hindukusch aufgestockt werden. Was der Bundestag danach prompt beschlossen hat. Für Menschen, die aus dem Land in die BRD geflohen sind, gilt allerdings nicht dieser Bericht, sondern die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes von Ende 2016, derzufolge es am Hindukusch sichere Orte gibt. Wo, das dürfen zwangsweise Heimgeschickte allein herausfinden.

Das Verhalten der deutschen Behörden gegenüber den Betroffenen ist nicht nur zynisch. Politik und Verwaltung verstoßen damit gegen elementare rechtsstaatliche Grundsätze und gegen internationale Verträge wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Würde man die deutsche Politik und Justiz hier – oder zum Beispiel bezüglich des Umgangs mit Kapitalismuskritikern während und nach dem G-20-Gipfel in Hamburg – nach den gleichen Maßstäben beurteilen wie die Aufarbeiter der »SED-Diktatur« die DDR, stünde das Urteil fest: Die BRD ist ein Unrechtsstaat.

Abgesehen davon sind die Charterflüge – am Dienstag landete zum elften Mal seit Dezember 2016 eine Maschine in Kabul, dieses Mal mit zehn Afghanen an Bord – eine extrem teure Symbolhandlung, mit der der Staat Macht demonstriert und zugleich Zehntausenden weiteren Afghanen sowie Geflüchteten aus Syrien und anderen Ländern signalisiert: Richtet euch hier nicht ein, bald finden wir einen Weg, euch die weitere »Duldung« zu verweigern. Der Mehrheitsbevölkerung wird mit den Aktionen suggeriert, man Sorge für ihre Sicherheit. Schließlich, so wird jedes Mal betont, handle es sich bei den Abgeschobenen um Straftäter, »Gefährder« und »Identitätstäuscher«. Abgesehen davon, dass viele von ihnen nachweislich in keine der Kategorien passen und dass schwammige Begriffe wie »Gefährder« zum Missbrauch geradezu einladen: Selbst für verurteilte Verbrecher gilt, dass ihnen zusätzlich zu ihrer Strafe ein Russisch Roulette nicht zuzumuten ist. Und mit welchem Recht erst meint man, jemanden zum möglichen Tod verurteilen zu dürfen, der nach Meinung irgendeines Beamten nicht ausreichend an der Beschaffung von Ausweisdokumenten mitgewirkt hat?

Solches Vorgehen zeugt nicht nur von Rechtsnihilismus, sondern auch von Rassismus und Anbiederung an den fremdenfeindlichen Zeitgeist. Frei nach der Einschätzung, die der Bundeswehrgeneral Reinhard Wolski, angesprochen auf Versäumnisse des Westens bei der Räumung von Munition, gegenüber dem *Tagesspiegel* Ende 2014 so formulierte: »Die Afghanen haben ja einen ganz anderen Umgang mit dem Tod als wir. Für die ist das nicht so schlimm.«